

Antrag: G5

Antragsteller: Kompetenznetzwerk SchülerInnen

Kein Schulgeld in Hessen!

Die südhessischen Jusos sprechen sich gegen jegliche Art von Schul- oder Studiengeld aus, sei es direkt durch Erhebung von Schul- und/ oder Studiengebühren oder indirekt durch Erhebung von Beförderungsgebühren oder der zunehmenden Verwässerung der Lehrmittelfreiheit. Kostenfreie Nachhilfeangebote müssen geschaffen und ausgebaut werden, besonders für Jugendliche mit Migrationshintergrund existieren noch immer zu wenig Zusatz- und Integrationsangebote (kultureller Informationsunterricht, Sprachkurse (welche auch für deutsche Kinder immer wichtiger werden), etc.). Wir setzen uns darüber hinaus für kostenfreie Bildungsangebote im Bereich des lebenslangen Lernens (Volkshochschulkurse, etc.) ein.

Bildung ist das Kapital unserer Gesellschaft und darf daher nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Begründung

Die Finanzierung von Bildung über Gebühren ist und bleibt unsozial, da hieraus die Ausgrenzung sozial unterprivilegierter Bevölkerungsgruppen resultiert, was eine Entsolidarisierung der Gesellschaft nach sich zieht.

Die Pisa-Studien haben dies mehr als deutlich bewiesen und offengelegt, dass ein Kind aus einem Akademikerhaushalt 4-mal höhere Chancen hat Abitur zu machen als ein Kind einer Arbeiterfamilie; Studiengebühren, Schülerbeförderungskosten und die Verwässerung der Lehrmittelfreiheit beschleunigen die Abwärtsspirale im hessischen Bildungssystem noch weiter und sorgen für die Durchreichung von SchülerInnen nach unten, bei gleichzeitiger Verhinderung von Querversetzungen nach oben.

Einmal bildungspolitisch abgeschoben, gibt es für die Betroffenen meist keine Möglichkeiten mehr sowohl auf der bildungspolitischen wie auf der gesellschaftlichen Leiter eine Stufe nach oben zu steigen.

Unter sozialem, wie auch ökonomischen Gesichtspunkt, macht das derzeitige System keinen Sinn, das lediglich den 25% Besserverdienenden in Hessen das Abitur ermöglicht, auch im Anbetracht des Fachkräftemangels 2015 ist die Verantwortungslosigkeit, die der Jugend entgegen gebracht wird unübersehbar und die negativen Folgen noch nicht abschätzbar.

Wir dürfen nicht akzeptieren, dass Zukunftschancen junger Menschen und damit der Gesellschaft von ihren finanziellen Beschränkungen abhängt.

Beschlossen: 29.04.2006

Überwiesen an: SPD-Bezirksparteitag, Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion